



## Forderungen der Deutschen Alzheimer Gesellschaft zur Bundestagswahl 2025

### Einleitung

In Deutschland leben derzeit rund 1,8 Millionen Menschen mit einer Demenz. Als Selbsthilfeorganisation von Menschen mit Demenz und ihren An- und Zugehörigen setzt sich die Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbsthilfe Demenz seit mehr als 35 Jahren dafür ein, das Leben mit dieser fortschreitenden und unheilbaren Erkrankung zu verbessern. Dazu gehören bedarfsgerechte und qualitätsgesicherte Unterstützungsangebote ebenso wie die finanzielle Absicherung des Pflegebedarfs und eine informierte öffentliche Wahrnehmung, um Inklusion in einer demenzsensiblen Gesellschaft zu erreichen.

Menschen mit Demenz werden hauptsächlich von An- und Zugehörigen begleitet,

betreut und gepflegt. Es sind somit mehrere Millionen Menschen in Deutschland direkt oder indirekt von einer Demenzerkrankung betroffen. Unser Gesundheitssystem ist auf diese Herausforderung derzeit weder medizinisch noch pflegerisch oder im Bereich der sozialen Unterstützungsstrukturen vorbereitet.

Als Interessenvertretung der Menschen mit Demenz und ihrer An- und Zugehörigen in Deutschland sowie als Dachverband von 130 auf Landes- und regionaler Ebene aktiver Alzheimer-Gesellschaften wendet sich die Deutsche Alzheimer Gesellschaft mit ihren nachfolgenden 13 Forderungen zur Bundestagswahl 2025 an die zur Wahl antretenden Parteien.

### 1. Der steigenden Zahl betroffener Menschen begegnen

Aufgrund des demografischen Wandels und des Fehlens wirksamer Therapiemöglichkeiten steigt die Zahl der Menschen mit einer Demenzerkrankung in den nächsten Jahren weiter an. Die Politik muss diese Herausforderung endlich ernst nehmen und effektive Maßnahmen ergreifen, um Menschen mit Demenz und deren Angehörige besser zu unterstützen.

### 2. Teilhabe ermöglichen

Menschen mit Demenz und ihre An- und Zugehörigen wollen gleichberechtigt am Leben in der Gesellschaft teilnehmen. Sie erleben aber regelmäßig eine Exklusion aus dem sozialen und kulturellen Leben. Menschen, die im jüngeren Lebensalter an einer Demenz erkranken, erhalten darüber hinaus häufig keine Möglichkeit nach der Diagnose mit ihren weiterhin vorhandenen Fähigkeiten beruflich tätig zu sein. Die Politik muss dringend Maßnahmen ergreifen, die den Menschen mit Demenz und ihren An- und Zugehörigen eine umfassende Teilhabe ermöglichen.

### 3. Zugang zu Teilhabeleistungen sicherstellen

Die durch eine Demenz entstehenden Einschränkungen führen regelmäßig zur Zuerkennung einer Schwerbehinderung im Sinne des SGB IX. Dennoch haben Betroffene in den seltensten Fällen die Chance, Teilhabeleistungen nach diesem Gesetz zu erhalten. Ansprüche müssen oftmals gerichtlich durchgesetzt werden. Menschen, die erst mit über 65 Jahren an einer Demenz erkranken, haben in der Praxis keinen Zugang zu diesen Leistungen, obwohl im Gesetz keine Altersgrenze vorgesehen ist. Die Politik muss sicherstellen, dass Menschen mit Demenz – unabhängig von ihrem Alter – umfassenden Zugang zu Teilhabeleistungen nach dem SGB IX erhalten.

### 4. Zeitgerechte Diagnose und Therapie sicherstellen

Eine zeitnahe und leitliniengerechte Diagnose ist für Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen unabdingbar, um eine angemessene Therapie zu erhalten und ihr Leben an die Krankheit anpassen zu können. Angesichts von Hürden bei der Diagnosestellung durch vielerorts mangelnde Kapazitäten und fehlende Verfügbarkeit von Fachärztinnen und Fachärzten, muss die Politik Maßnahmen ergreifen, damit Betroffene eine zeitgerechte Diagnose und Behandlung und Therapie erhalten – unabhängig davon, wo in Deutschland sie leben.

### 5. Angebot nicht-medikamentöser Therapien verbessern

Die therapeutische Begleitung von Menschen mit Demenz kann und darf sich nicht auf Medikamente beschränken. Nicht-medikamentöse Therapiemöglichkeiten sind seit vielen Jahren entwickelt und gut evaluiert. Deren Verfügbarkeit und Refinanzierung muss verbessert werden.

## 6. Prozesshafte Begleitung der Erkrankten etablieren

Nach einer Demenzdiagnose benötigen Menschen mit Demenz und ihre An- und Zugehörigen umfassende Beratung und Begleitung. Ein entsprechendes Prozessbegleitungs- oder Case-Management-System muss zukünftig in den Sozialgesetzbüchern etabliert und somit auch finanziert werden.

## 7. Selbsthilfe unterstützen und fördern

Selbsthilfe und ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen sind das zentrale Element für die Bewältigung der Krankheitsfolgen. Die Politik muss beides in höherem Umfang als bisher unterstützen und fördern.

## 8. Qualifizierte Pflege- und Betreuungsangebote flächendeckend verfügbar machen

Gerade weil die Betreuung und Pflege von Menschen mit Demenz zum ganz überwiegenden Teil von An- und Zugehörigen übernommen wird, sind gut qualifizierte Pflege- und Betreuungsangebote zur Unterstützung notwendig, um das Leben mit Demenz in der Häuslichkeit möglichst lange realisieren zu können. Die Politik muss Maßnahmen ergreifen, damit solche Angebote bundesweit etabliert und bedarfsdeckend verfügbar sind.

## 9. Aufwendungen der Pflegebedürftigen für Pflege begrenzen

Die Kosten der professionellen Pflege müssen für Pflegebedürftige begrenzt werden, um Pflegebedürftigkeit nicht zu einem Armutsrisiko zu machen. Die finanzielle Situation der Pflegeversicherung muss langfristig stabilisiert werden.

## 10. Demenz-Prävention unterstützen

Derzeit sind 14 modifizierbare Risikofaktoren für Demenzerkrankungen bekannt. Durch konsequente Vermeidung dieser Risiken und einen gesunden und aktiven Lebensstil in der Bevölkerung ließe sich das Ansteigen der Erkrankungszahlen verlangsamen. Die Politik muss daher Maßnahmen ergreifen, um das Wissen um Präventionsmöglichkeiten sowie gezielte Demenz-Präventionsprogramme zu etablieren.

## 11. Demenzspezifische Inhalte stärker in der ärztlichen und pflegerischen Ausbildung verankern

Trotz der großen Zahl an Betroffenen spielen die Spezifika demenzbedingter Beeinträchtigungen sowie die Lebensrealität von Menschen mit Demenz in den Curricula der ärztlichen, pflegerischen und therapeutischen Aus- und Fortbildung bestenfalls eine randständige Rolle. Die Politik muss dafür sorgen, dass die Bedarfe von Menschen mit Demenz verstärkt Eingang in die medizinische, pflegerische und therapeutische Ausbildung finden.

## 12. Forschung stärker fördern

Die Forschung zu neurodegenerativen Erkrankungen muss in Deutschland stärker unterstützt werden. Insbesondere innovative und nachhaltige Forschung zu Versorgungsansätzen muss besser gefördert werden, damit die Forschung auch unmittelbar im Leben der Menschen ankommt.

## 13. Nationale Demenzstrategie langfristig fortführen

Die Nationale Demenzstrategie hat mit ihren über 160 Maßnahmen und einer Vielzahl von beteiligten Akteuren positive Akzente gesetzt und Entwicklungen angestoßen. Bis zur Erreichung des zentralen Ziels, der Verbesserung der Versorgung und der Lebensqualität von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen, sind aber weitere Anstrengungen erforderlich. Die Nationale Demenzstrategie muss langfristig fortgeführt und finanziell stärker als bisher unterstützt werden.

Berlin, Januar 2025

### Herausgeber

**Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V.**  
**Selbsthilfe Demenz**

Keithstraße 41  
10787 Berlin  
Tel: 030 - 259 37 95 0  
Fax: 030 - 259 37 95 29  
[www.deutsche-alzheimer.de](http://www.deutsche-alzheimer.de)  
[info@deutsche-alzheimer.de](mailto:info@deutsche-alzheimer.de)

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft engagiert sich für ein besseres Leben mit Demenz. Sie unterstützt und berät Menschen mit Demenz und ihre Familien. Sie informiert die Öffentlichkeit über die Erkrankung und ist ein unabhängiger Ansprechpartner für Medien, Fachverbände und Forschung. In ihren Veröffentlichungen und in der Beratung bündelt sie das Erfahrungswissen der Angehörigen und das Expertenwissen aus Forschung und Praxis. Als Bundesverband von mehr als 130 Alzheimer-Gesellschaften unterstützt sie die Selbsthilfe vor Ort. Gegenüber der Politik vertritt sie die Interessen der Betroffenen und ihrer Angehörigen. Die DALzG setzt sich ein für bessere Diagnose und Behandlung, mehr kompetente Beratung vor Ort, eine gute Betreuung und Pflege sowie eine demenzfreundliche Gesellschaft.

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft ist als Interessenvertreterin von Menschen mit Demenz und ihren Angehörigen im Lobbyregister des Deutschen Bundestags eingetragen und hat sich dem dafür geltenden Verhaltenskodex verpflichtet.